



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration  
Postfach 76 01 06, D - 22051 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Harburg  
Herrn Jürgen Heimath  
Vorsitzender der Bezirksversammlung Harburg über  
Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Harburg  
Harburger Rathausplatz 1  
21073 Hamburg

nachrichtl.: Frau Bezirksamtsleiterin Sophie Fredenhagen

**Staatsrätin**  
**Petra Lotzkat**

Hamburger Straße 47  
D - 22083 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 63 – 2550/51  
Telefax 040 – 427 3 11011

E-Mail: [Petra.Lotzkat@soziales.hamburg.de](mailto:Petra.Lotzkat@soziales.hamburg.de)

Hamburg, den 27. Oktober 2022

### **Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung „HP 1“ (Harburger Poststraße 1), Notstandort „Packhalle“, im Bezirk Harburg, Stadtteil Harburg**

hier: Anhörung der Bezirksversammlung Harburg gem. § 28 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG)

Sehr geehrter Herr Heimath,

die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration möchte Ihnen auf diesem Wege Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 28 Satz 1 Nr. 9 BezVG in Monatsfrist geben. Zur Schaffung von dringend erforderlichen Unterkunftsplätzen wurde die reguläre Erstaufnahmeeinrichtung Harburger Poststraße 1 um den Notstandort „Packhalle“ (ehemalige Postsortierhalle im Obergeschoss des Gebäudes) mit 112 Verdichtungsplätzen erweitert.

Die Situation der unverändert außerordentlich hohen und kontinuierlichen Zugänge Schutzsuchender aus der Ukraine sowie sonstiger Asyl- und Schutzsuchender führt momentan und weiterhin absehbar zu einer außerordentlich starken Belastung des Ankunftsentrums. Mit Stand vom 1. Oktober 2022 waren im September 2.375 Registrierungen im Ankunftszentrum zu verzeichnen. Der Anteil des Verbleibs dieser Menschen in Hamburg und die Unterbringungsquote in Höhe von 70,9 % sind weiterhin sehr hoch, was zu einer starken Auslastung des Ankunftsentrums und mittelbar des Folgesystems führt.

Sämtliche inzwischen geschaffenen Kapazitäten sowie die Kapazitäten des Regelsystems insgesamt sind nahezu zu 100 % ausgelastet und der Umstand, dass weitere noch in der baulichen Errichtung befindliche Standorte noch nicht fertiggestellt sind, erfordert momentan leider auch die Inbetriebnahme weiterer sehr schnell und kurzfristig bereitgestellter Notplätze in Hallen und Zelten sowie die Verdichtung und auch Kapazitätserweiterungen an bestehenden Standorten.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sind mit Stand 25. Oktober 2022 bereits 38.679 Schutzsuchende aus der Ukraine in Hamburg registriert worden. Davon sind 34.707 Schutzsuchende in Hamburg verblieben, 3.972 Schutzsuchende wurden in andere Bundesländer verteilt. Im September verblieben alle 2.375 registrierten Schutzsuchenden in Hamburg, wovon 69 % einen Unterbringungsbedarf in öffentlich-rechtlicher Unterbringung angemeldet haben. Auch die Zahl der sonstigen in Hamburg registrierten Asyl- und Schutzsuchenden lag mit 1.336 im September so hoch wie zuletzt im Frühjahr 2016. Dabei ist der Anteil der mit Unterbringungsbedarf in Hamburg verbleibenden Menschen deutlich höher als zuvor. Gemessen an der Zahl aller Registrierungen Asyl- und Schutzsuchender im September dieses Jahres wurde bereits der Wert des Gesamtjahres 2015 übertroffen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, der hohen Zahlen asyl- und schutzsuchender Menschen auf der Balkanroute und der insgesamt damit in Verbindung stehenden Wintersaison 2022/ 2023 ist damit zu rechnen, dass auch in den kommenden Wochen und Monaten keine Entspannung der dargestellten Situation zu erwarten ist.

Die Herrichtung etlicher neuer Standorte und Unterbringungskapazitäten allein ist nicht ausreichend zielführend, weil das dafür erforderliche Betreiberpersonal momentan nicht in dem erforderlichen Umfang und der Geschwindigkeit zur Verfügung steht. So sind wir momentan gezwungen, auch bestehende Standorte weiter auszubauen und die dortigen Strukturen mit in Anspruch zu nehmen.

Aufgrund dieser Umstände war es in der Gesamtbetrachtung und unter sorgfältiger Abwägung der bestehenden Möglichkeiten (verfügbare Notfall-/ Interims-Kapazitäten, Bedürfnisse und Anforderungen der unterschiedlichen Gruppen der unterzubringenden Menschen) notwendig, die Erstaufnahmeeinrichtung „HP 1“ um den Notstandort „Packhalle“ zu erweitern, insbesondere um einen zügigen Abfluss aus dem Ankunftszenrum in die Erstaufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten und die dargestellte Situation im Ankunftszenrum zu entzerren.

Die ehemalige Postsortierhalle befindet sich im dritten Obergeschoss der Erstaufnahmeeinrichtung „HP 1“ und hat eine Gesamtfläche von ca. 578 qm. Mithilfe von Messebauwänden wurden sieben große Kompartiments mit jeweils 16 Plätzen geschaffen (Gesamtplatzzahl 112). Für jede

der untergebrachten Personen ist ein Spind neben dem Bett vorhanden. Des Weiteren wurden zwei kleine Kompartiments geschaffen, die als Aufenthaltsraum genutzt werden können. Die Kompartiments wurden baulich so angeordnet, dass jedes einzelne einen direkten Anschluss zu den Fenstern hat (als Lichtquelle und zur Lüftung). Auf derselben Etage befinden sich zwei WC-Räume. Ein weiterer WC-Raum steht ein Geschoss tiefer zur Verfügung. Die Sanitärversorgung wurde durch Aufstellung von jeweils sechs WC- und Duschcontainern ergänzt. Die hierfür notwendigen Baumaßnahmen (Herstellung elektrischer Anschlüsse sowie Zu- und Abwasserversorgung) waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Schreibens kurz vor der Fertigstellung, sodass den zusätzlichen Bewohnenden der Einrichtung eigene Sanitärbereiche zur Verfügung stehen, die auch direkt über das unmittelbar anschließende Treppenhaus erreicht werden können. Die Belegung für den Standort ist bereits zum 17. Oktober 2022 erfolgt.

Sobald es die Zugangssituation und die Verfügbarkeit von weiteren Unterbringungskapazitäten in Hamburg zulassen, wird die Situation u. a. am Notfallstandort „Packhalle“ wieder entspannt und nicht zwingend erforderliche Unterbringungsplätze werden nicht mehr belegt. Grundsätzlich werden Standorte mit den schlechtesten Unterbringungsbedingungen zuvorderst berücksichtigt. Perspektivisch nicht mehr erforderliche Unterbringungsplätze bleiben aufgrund der unklaren Lageentwicklung jedoch als Reserve bestehen.

Wir bitten um Ihre uneingeschränkte Unterstützung bei der Bewältigung dieser herausfordernden Situation. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Lotzkat

Staatsrätin

Anlagen

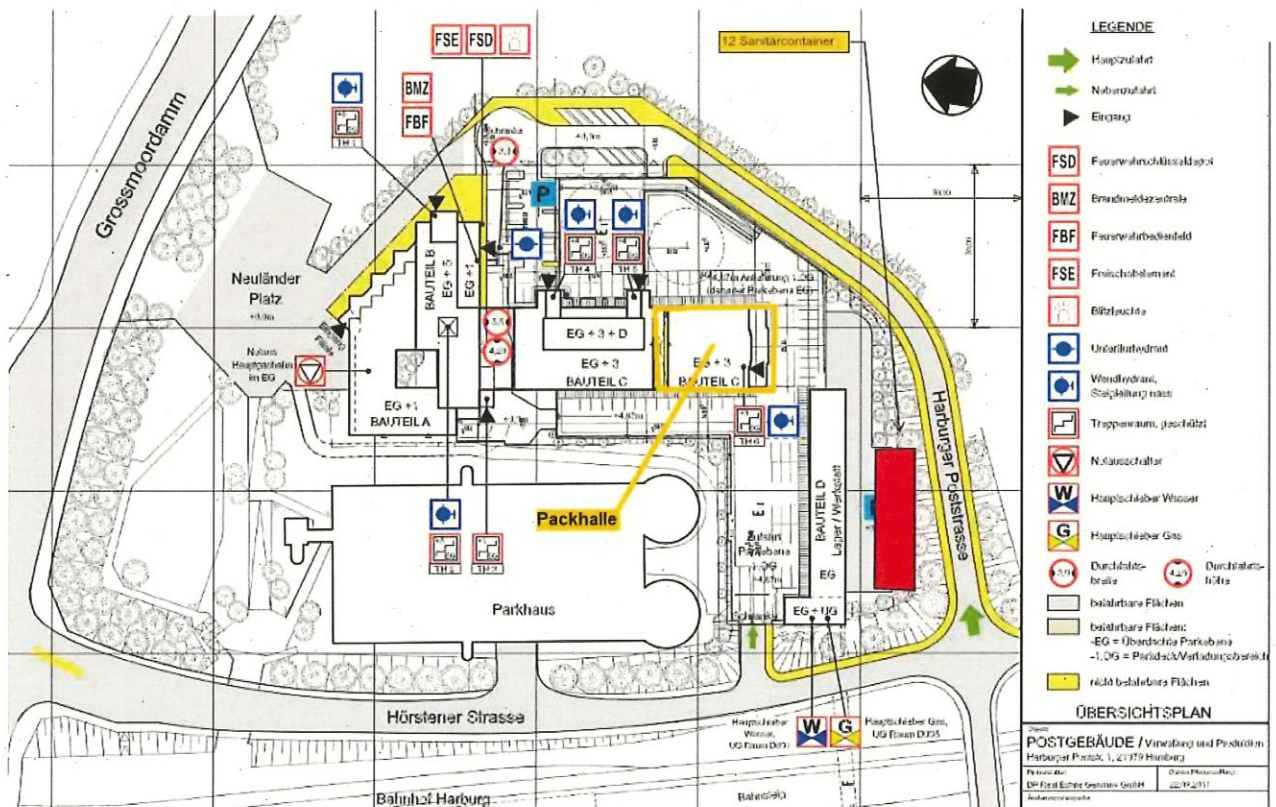
- Grundriss
- Lageplan
- Fotoaufnahmen

Grundriss





### Lageplan



### Fotoaufnahmen





